

Sex-Abo-Falle: Aus Paypay wird Obligo

9. September 2014

Auf der Redaktion von «Espresso» und «Kassensturz» häufen sich die Beschwerden: Handy-Nutzer sollen für Sexfilm-Abos bezahlen, die sie gar nie abgeschlossen haben. Hinter der Masche steckt die Firma Paypay, die jetzt als Obligo auftritt. Nun wird das Staatssekretariat für Wirtschaft aktiv.

In den vergangenen Tagen meldeten sich über ein Dutzend Handybesitzer auf der Redaktion «Kassensturz» und «Espresso». Sie alle hatten Rechnungen für den vermeintlichen Abschluss eines Monatsabos für ein Video- oder Flirtportal erhalten. So auch der Mann von Marie-Luise Studer: «Wir haben von der Firma Obligo AG eine Rechnung für 89.90 Franken bekommen. Dies für den Monatszugang zu einem mobilen Sex-Video-Portal. Wir haben aber nie wissentlich etwas bestellt.»

Zuvor hatten die Studers ein Telefon erhalten, der ihre Adresse verlangte. Sie gingen davon aus, es handle sich um einen Swisscom-Mitarbeiter. Kurze Zeit später flatterte die Rechnung der Firma Obligo ins Haus. «Im Nachhinein wurde uns klar, dass wir reingelegt wurden. Wieso sollte die Swisscom nach der Adresse fragen, sie hat sie ja bereits.»

13-Jähriger soll Flirt-Abo abgeschlossen haben

Ähnliches erzählt auch Urs Leisi. Sein 13-jähriger Sohn erhielt frühmorgens einen Anruf auf sein Handy: «Er hat nicht verstanden, wer angerufen hat. Jedenfalls wollte der Anrufer seine Adresse wissen.» Der 13-Jährige denkt nichts Böses und gibt die Adresse bekannt.

Einige Tage später bekam er dicke Post: Knapp 80 Franken soll der 13-Jährige für ein Monatsabo für ein Flirt-Portal bezahlen. Vater Leisi ist sicher: «Er hat kein Abo abgeschlossen, dass kann ich ausschliessen.» Zudem ist der Minderjährige in dieser Sache gar nicht Vertragsfähig.

«Kein Beweis für ein Abo»

Und auch Bruno Frauenfelder ist entsetzt. Erst bekam seine Enkelin Nathalie zig Rechnungen, Mahnungen und Betreibungs-Androhungen von PayPay. Und dann, nach einigen Wochen Pause, kamen dieselben Rechnungen nochmals von Obligo.

Auch Natalie habe nie einen Video-On-Demand-Abo gelöst, sagt ihr Grossvater. «Ich habe mich mehrmals bei PayPay nach einem Beweis für den Vertragsabschluss erkundigt. Die Firma konnte mir bislang aber keinen Beweis liefern», sagt Bruno Frauenfelder im «Kassenssturz».

Immer die gleiche Masche

Recherchen von «Kassensturz» und «Espresso» zeigen, die Firma Obligo AG ist die Nachfolge-Firma der Paypay AG. Die Firma Obligo hat per 1. August die Inkassoaufträge der Firma Paypay übernommen.

Im Verwaltungsrat sitzen diesselben Personen. Auch der Firmenzweck ist laut Handelsregister genau derselbe: Erbringung von Rechnungs- und Inkasso-Dienstleistungen, einschliesslich Übernahme des Debitorenmanagements.

Obligo bestreitet alle Vorwürfe

Im April hatte «Espresso» darüber berichtet, dass die Firma Paypay Rechnungen an vermeintliche Kunden verschickt. Sie sollen angeblich ein Abo für Sex-Filme auf einer Internetseite der Firma Pulsira Ltd. abgeschlossen haben. Mit der gleichen Masche versucht nun die Firma Obligo bei Handybesitzern abzukassieren. Auf aktuellen Rechnungen ist unter anderem wieder die Firma Pulsira Limited als Dienstanbieter aufgeführt.

«Espresso» hat die Firma Obligo mit den Vorwürfen der Handybesitzer konfrontiert. Obligo-Verwaltungsrat Yetkin Geçer bestätigt, das Obligo neu gegründet worden sei: «Die Paypay AG ist aufgrund des medialen «Shitstorms», unter anderem auch von Ihrer Redaktion verursacht, nicht mehr im Stand, im Markt die seriöse Dienstleistung anzubieten, wofür der Name Paypay ursprünglich stand.»

Zum Vorwurf, die Handybesitzer würden im Namen der Swisscom angerufen, sagt Yetkin Geçer: «Die Firma Obligo ist in der Lage, lückenlos den Nachweis zu erbringen, zu keiner Zeit den Namen der Swisscom zu verwenden. Dies hat die Firma Obligo auch gar nicht nötig.»

Obligo: Kein Geschäft mit Minderjährigen

Zum Fall von Urs Leisis 13-jährigen Sohn schreibt Yetkin Geçer: «Eine Anfrage bei unserem Kunden hat ergeben, dass am 23. Juni 2014 unter Angabe eines falschen Geburtsdatums mit besagter Handynummer ein Abo in deutscher Sprache gelöst wurde.» Der Sohn habe keinesfalls bewusst so ein Flirt-Abo abgeschlossen, hält Vater Urs Leisi weiterhin dagegen.

Ausserdem schreibt die Obligo AG, alle Kunden hätten kostenpflichtige Dienstleistungen bezogen, die «selbstverständlich bezahlt werden müssen». Die Firma könne stets belegen, dass die Betroffenen die entsprechenden Seiten besucht und ein Abo gelöst hätten. Sowohl Paypay als auch Obligo hätten Tausende von zufriedenen Kunden, die ihre Rechnung begleichen. Man wolle zudem nicht mit minderjährigen ein Geschäft machen und storniere auch die Rechnung von Urs Leisi.

Bei der Schweizer Kriminalprävention sind solche Abo-Fallen bestens bekannt, wie Martin Boess auf Anfrage sagt: «Die Masche ist immer dieselbe. Man bekommt zum Beispiel ein SMS und klickt auf einen Link und schon hat man ein teures Abo am Hals.»

Oder es könne auch sein, dass man in einem anderen Zusammenhang seine Handynummer bekannt gegeben habe. «Handynummer sind ein begehrtes Gut von Adresshändlern. So können die Nummern auch in den Händen von Abzockern landen.»

Verfahren eingeleitet

Das Staatssekretariat für Wirtschaft Seco hat gegen die Firma Paypay ein Verfahren eingeleitet. Dies wegen einem möglichen Verstoss gegen das Bundesgesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Wie Guido Sutter vom Seco auf Anfrage von «Espresso» erklärt, ist es möglich, dass auch Obligo im Verfahren eingeschlossen wird.

